

Globaler Kapitalismus und Weltsystemtheorie

Workshop der Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI),
3. und 4. Juni, Marburg

Die unumstrittene US-Dominanz im internationalen System und eine durch die neoliberale Globalisierung „geschliffene“, zahn- und perspektivlose Arbeiterbewegung sind fundamentale Merkmale der gegenwärtigen Weltordnung. So lautet zumindest eine weit verbreitete Ansicht. Aus welthistorischer Perspektive stellt sich die Situation anders dar: Die globale Vorherrschaft der USA ist äußerst fragil und die Arbeiterbewegungen¹ setzen zu einem neuen Kampfzyklus an. Diese Thesen der Soziologen Beverly J. Silver und Giovanni Arrighi waren Thema des Workshops an der Uni-Marburg.

Bereits am Freitagabend stellte Beverly Silver ihr neues Buch „Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870“ vor. Mit ihrem Buch erregte Silver Aufsehen, da sie gegen Grundannahmen auch der gewerkschaftlichen Linken anschreibt. Sie bestreitet darin eine strukturelle Schwächung von Arbeiterbewegungen und Lohnarbeit durch die Globalisierung. Ihre zentrale These lautet: wohin das Kapital auch geht, Arbeiterunruhen folgen auf dem Fuß. Wenngleich in Regionen, aus denen produktives Kapital abziehe, die Arbeiterbewegungen geschwächt würden, nähmen Arbeiterunruhen in den Regionen, in die das Kapital ziehe, zu, und zwar nicht nur im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch im Kampf um Demokratie. Arbeiterklassenformierung und Proteste verlagerten sich historisch innerhalb gewisser Industrien, entlang der geographischen Reallokation der Produktion, aber auch hin zu neuen Leitindustrien. Würde sich das aus ihrer Analyse von Zeitungen erkennbare historische Muster fortsetzen, müsste es beispielsweise in China bald zu einer großen Welle von Arbeiterunruhen kommen.

Giovanni Arrighi formulierte in seinem Vortrag die These, dass die US-Hegemonie im gramscianischen Sinne vorbei sei. Spätestens seit dem 11. September handelte es sich vielmehr um Dominanz ohne Hegemonie, die USA gebrauchten weder Überredung noch Konsens, um ihre Vormachtstellung im internationalen System zu behaupten, vielmehr seien Zwang und Korruption an deren Stelle getreten. Arrighi unterscheidet zwei zentrale Krisentypen einer Hegemonialmacht und des maßgeblich von ihr gestützten Weltkapitalismus. Einerseits ließen sich in der Geschichte des modernen Weltsystems finale Krisen (terminal crisis) identifizieren. Sie beenden einen Hegemoniezyklus und führen in eine „chaotische“ und turbulente Epoche bis ein neuer Hegemon wieder relative Stabilität garantiere. Ein Beispiel wäre das „Zeitalter der Katastrophen“ (Hobsbawm), das am Ende der britischen Vorherrschaft die Welt in zwei globale Kriege stürzte. Der andere historisch zu identifizierende Krisentypus markiere jeweils den Anfang der finanziellen Expansion eines domi-

¹ Die Verwendung des Plurals für „Arbeiterbewegung“ folgt der deutschen Übersetzung des Buches von Silver.

nanten Akkumulationsregimes, die Signalkrise (signal crisis). Aufgrund von Überakkumulationskrisen werde Kapital aus Produktion und Handel in die Finanzsphäre verlagert. Die Signalkrise führe nicht zuletzt wegen der „Finanzialisierung“ der globalen Ökonomie oft zur größten Blüte einer Hegemonialmacht, markiere aber zugleich ein Signal für eine systemische Krise. In dieser Phase der sich verstärkenden Widersprüche bestehe für ein konkurrierendes Regime die Möglichkeit, sich durchzusetzen. Die Signalkrise der US-Hegemonie liegt Arrighi zufolge bereits zurück: die Überakkumulationskrise und der relative Niedergang der amerikanischen Hegemonie der späten sechziger und frühen siebziger Jahre. Die folgende US-zentrierte neoliberale Globalisierung habe (oberflächlich) eine Erneuerung der amerikanischen Vorherrschaft und des Kapitals bewirkt, insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in der Clinton-Ära (Belle Epoque). Damit revidierte Arrighi eine Einschätzung aus seinem Buch: „The long 20th century“. Hier hatte er die Belle Epoque in der Reagan-Zeit verortet. Der Höhenflug der neunziger Jahre konnte die anhaltende Überakkumulationskrise zwar übertünchen, aber nicht verschwinden lassen. Die Schwierigkeit besteht aber darin, die finale Krise zu identifizieren.

Arrighi ist der Auffassung, die amerikanische Antwort auf den 11. September mit dem Krieg gegen den Terror und der „neokonservative Shift“ (D. Harvey) markierten ein Ende der neoliberalen Globalisierung und einen Bruch in Richtung terminal crisis.

Seit dem „project for a new american century“ reiche der Urteilspruch des Marktes allein nicht mehr für eine Außenpolitik als Weltpolitik im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten. Fortan müssten die USA den militärischen „Muskel“ spielen lassen, um Glaubhaftigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen, was insbesondere der Irak-Krieg zeige. Im Gegensatz zu vielen, wie z.B. auch David Harvey, für den der Zugang zum Öl im Vordergrund steht, betont Arrighi, dass die Vereinigten Staaten das Öl im mittleren Osten bereits kontrollieren. Die Marktkräfte allein stellten die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit im hochtechnologischen und militärischen Bereich allerdings seit den 1980ern auf tönernen Füße. Nicht zuletzt sei das „Trauma“ von Vietnam im Irak-Krieg von 1991 nicht überwunden worden, was diesmal ein Eingreifen in Bagdad nötig machte. Das doppelte Defizit in der Handelsbilanz und im Haushalt der USA umfasse nicht weniger als 80 Prozent der weltweiten Ersparnisse. Während in den späten 90ern die US-Wirtschaft wie ein Schwamm Geld anzusaugen vermochte, verkehre sich mit dem Platzen der Finanzblase 2001 die Abhängigkeit der Welt von dem zentralen US-Markt zusehends in eine Abhängigkeit der amerikanischen Ökonomie von ausländischer billiger Finanzierung und billigen Rohstoffen. Neben den ökonomischen Strukturproblemen stoße das neokonservative Projekt George W. Bushs an seine Grenzen. Einerseits sei mit dem Ende des kalten Krieges ein wesentlicher Pfeiler der globalen Schutzmachtfunktion der USA weggebrochen. Andererseits erweise sich die Invasion in den Irak zunehmend als unkontrollierbare militärische Intervention. Gleichzeitig könne die gegenwärtige

tige Entwicklungsdynamik Chinas zu einem möglichen neuen Machtzentrum führen. Allerdings sei es unwahrscheinlich, dass noch einmal ein Staat allein einen Zyklus bestimmen könne, wahrscheinlicher sei eine Bündniskonstellation aus Staaten Ostasiens und Europas oder Nordamerikas, möglich sei auch eine Süd-Süd Kombination etwa aus China, Brasilien, Indien oder Südafrika. Damit rückte auch die Europäische Union und ihre in den letzten Jahren zunehmend aktivere Rolle in der Gestaltung der Weltordnung in den Blick. Doch drückt sich darin ein konkurrierender Gestaltungsanspruch zur US-zentrierten neoliberalen Globalisierung aus?

Martin Beckmann skizzierte in seiner Analyse der Europäischen Integration aus neogramscianischer Perspektive den Ansatz der Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI). Ausgehend von einer selbst in der kritischen Wissenschaft verbreiteten Unterschätzung der Europäischen Union als eigenständigem Akteur im Prozess der globalen Restrukturierung, sprach Beckmann nicht von der EU als Bollwerk gegen neoliberale Globalisierung, sondern als „offenem Regionalismus“ – eingebettet in die kapitalistische Globalisierung. Gerade in den letzten Jahren sei die EU auch ein politischer Akteur geworden, was insbesondere die EU-Politik in der WTO und die externen ökonomischen Ambitionen verdeutlichen. Bezüglich der Sicherheits- und Militärpolitik habe die Union ihre Rolle redefiniert. Nicht allein die Entscheidung, eine Euroarmee von 60.000 Personen sowie schnelle Eingreiftruppen zu etablieren, auch die Aufrüstungsverpflichtungen des Verfassungsvertrages der EU sprächen dafür. In diesem Zusammenhang skizzierte Beckmann die Debatte der FEI um einen „Euroimperialismus“, die sich zwischen der Charakterisierung der EU als Subimperialismus, als Herausforderer im globalen Handel und als neuer Imperialismus (D. Harvey) bewegen. Fest stehe hingegen, dass die EU in ihrer Erweiterungsstrategie eine Form der soften Geopolitik verfolge, die allerdings die Option einer mehr auf Gewalt setzende Politik offen halte.

In der anschließenden Diskussion wandte Frank Deppe ein, dass in Europa die neoliberale Hegemonie in den Köpfen noch keineswegs beendet sei, was insbesondere Gewerkschaften und soziale Bewegungen, die zudem noch immer stark national organisiert seien, vor große Probleme stelle. Um das neoliberale Marktmodell der europäischen Union zu durchbrechen, bedürfe es der Vision eines demokratischen und sozialen Europas. Für Giovanni Arrighi hingegen war das Ablehnen des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden bereits eine Absage an neoliberale Hegemonie, selbst wenn es nicht ausnahmslos eine linke Absage war.

Christoph Scherrer, Uni Kassel, sprach mit Bezug auf einen Artikel von Arrighi, Silver und Benjamin D. Brewer über die Fortdauer der Einkommenskluft trotz fortschreitender industrieller Konvergenz zwischen Zentrum und Peripherie. In vielen Ländern der Peripherie gebe es bei relativem Rückstand industrielle Kerne, quasi Inseln des Wachstums, was nicht bedeuten müsse, dass diese Regionen und Länder insgesamt zu High-Tech-Industrien werden. Viele Ökonomien verharren in einer Phase des Kopierens von Produkten und

könnten keine Extraprofite durch eigene Innovationen einstreichen. Der zweite Ölschock in den 1980ern und die Zinserhöhung in den USA stürzten die „dritte Welt“ in eine doppelte Krise: einerseits explodierten die Schuldenzahlungen, andererseits fehlte es an harten Währungen für die gestiegenen Energiepreise. Die in dieser Zeit erforderlichen finanziellen „Kissen“ (etwa durch Extraprofite) fehlten den Ländern des Südens. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz sei es in Indien und China zu einem so genannten „labor supply shock“ gekommen, von dem vor allem niedrigqualifizierte Arbeiter betroffen seien. Letztlich komme es im Norden entlang der Klassen- und Ausbildungsspaltung zu einer Dehomogenisierung der Einkommen, global reproduziere sich die Ungleichheit weiter.

In der anschließenden Diskussion wurde kontrovers die Rolle der WTO sowie eine Positionierung der Linken diskutiert. Arrighi und Silver vertraten den Standpunkt, dass das Scheitern der letzten Verhandlungsrunde in Cancun möglich wurde, weil sich die USA aus dem Geschehen zurückzogen. Eine Transformation der WTO in eine progressivere Richtung sei prinzipiell möglich, da die Vorherrschaft von Vereinigten Staaten und EU nichts der Organisation inhärentes sei, sondern abhängig von Kräfteverhältnissen. Anders als beim IWF, sei das Abstimmungsprinzip „one country one vote“ offen für eine Demokratisierung der Organisation.

Abschließend beschäftigte sich *Beverly Silver* mit Perspektiven der Arbeiterbewegungen im 21. Jahrhundert. In der momentanen Umbruchsphase bestünde die Gefahr des systemischen Chaos; von daher sei es für Arbeiterbewegungen wichtig, solche Tendenzen zu bekämpfen. Die zahlreichen Proteste gegen den Irak-Krieg stimmten optimistisch. In den USA sei es insbesondere bemerkenswert gewesen, dass der Gewerkschaftsverband AFL-CIO eine Resolution gegen den Krieg verabschiedete. Insgesamt wehrte Silver sich gegen die Annahme eines „decline“ der Arbeiterbewegungen. Die weltweite Arbeitslosigkeit schränke zwar die Marktmacht der Arbeiterbewegungen ein, ihre Produktionsmacht würde aber beispielsweise durch „Just-in-time-Produktion“ gestärkt, da einzelne Streiks an empfindlichen Stellen weit reichenden Schaden anrichten können (Transportwesen). Was aber ist die kritische Rolle von Arbeiterbewegungen und sozialen Kräften heute? Zunächst könne sie ambivalente Tendenzen feststellen; zum einen hätte es nach Seattle ein vermeintliches Verschwimmen der Nord-Süd-Spaltung gegeben, dass bald von neuen Grenzziehungen innerhalb der Arbeiterbewegungen eingeholt worden wäre. Ähnlich beurteile Silver beispielsweise das „Non“ der Franzosen zu Verfassungsvertrag. Die uneinlösbaren Versprechen (insbesondere für „den Süden“) von Wohlstand und Wachstum für alle, produziere Profitabilitäts- und Legitimationskrisen. In der Peripherie sei dieser Widerspruch bis in die 1970er unter der Bedingung der Profitabilität und mit Hilfe der nationalen Befreiungsbewegungen recht erfolgreich bearbeitet worden. Danach seien die Forderungen nach Wohlstand allerdings mit den sozialen und ökonomischen Konterrevolutionen beantwortet worden, was langfristig aber die Legitimität der Herrschaft untergräbt. Im Zusammenhang mit Seattle und einer wieder steigenden

Produktionsmacht und neuen Regionen mit Arbeiterunruhen gäbe es Ansätze für einen erneuten Umschwung des Pendels in Richtung Dekommodifizierung und einer arbeiterfreundlicheren Entwicklung. Die Antikriegsproteste vieler Arbeiter 2003 machen auch die Chancen einer gekappten Verbindung zwischen Wohlfahrtsstaat und Krieg deutlich. Offen bleibe der Charakter der neu entstehenden Arbeiterbewegungen vor allem der neu entstehenden Kräfte in China. Diese seien zwar überwiegend an Abwehrkämpfen gegen Privatisierungen beteiligt, aber auch neue offensive Kämpfe kämen vereinzelt hinzu. Ungelöst blieben natürlich auch Fragen der Organisationsform neuer Arbeiterbewegungen und sozialer Bewegungen. Fest stehe nur, dass die klassischen Organisationsstrukturen mit einer Partei an der Spitze im Zuge einer Neugründung in Frage gestellt werden muss.

Insgesamt war es eine sehr fruchtbare Diskussion, die mindestens zwei Denkschulen sehr unterschiedlicher Reichweite und Perspektive auf dem Workshop miteinander zu verbinden versuchte.

Conny Weißbach

Mc.Planet.com-Kongress: Konsum. Globalisierung. Umwelt Hamburg, 3.-5. Juni 2005

Zum Kongress von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie waren vom 3. bis 5. Juni 1.200 TeilnehmerInnen und rund 300 ReferentInnen in die Universität Hamburg gekommen. Dieser McPlanet war der zweite seiner Art – bereits 2003 trafen sich weit über 1.000 Menschen unter dem Motto „Umwelt in der Globalisierungsfalle“ in Berlin.

„Konsum zwischen Freiheit und Verführung“

Die immer krasser werdenden Probleme durch die neoliberale Globalisierung sowie den erwarteten umweltpolitischen Rollback in Deutschland vor Augen diskutierten die Gäste aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft mit AktivistInnen der Bewegungen in einem sehr angeregten Klima. Dabei ging es in den sieben großen international besetzten Panels und rund 80 Foren, Workshops und Philosophischen Salons um alle Themen, die an der Schnittstelle zwischen Globalisierung und Ökologie relevant und spannend sind: um die WTO, um den globalen Kampf um begrenzte Ressourcen, um die Privatisierung gemeinsamer Güter wie Saatgut und Wasser, um Lebensstile und deren Konsequenzen für die Umwelt und um die zunehmende soziale und ökologische Ungleichheit.

Im Panel „Die Welt ist (k)eine Ware! Umweltschutz zwischen Markt und Mutter Erde“ wurde zum Beispiel der Frage nachgegangen, inwieweit man Geld als Steuerungsmechanismus nutzen sollte, um mit marktwirtschaftlichen Instrumenten wie Emissionshandel den Umweltschutz voranzubringen.

Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung forderte eine „Internalisierung externer Kosten“, die Preise müssten die wahren Kosten eines Produktes widerspiegeln. Der Kapitalismus wolle und müsse ständig expandieren und der Markt sei gegenüber der Irreversibilität von Artensterben blind. Darüber hinausgehend böten auch andere Steuerungsmechanismen wie Umweltafgaben und Nutzungsentgelte für öffentliche Güter wie Luft und Meere die Chance, umweltpolitisch umzusteuern. Die Chilenin *Sara Larrain* (Vorstandsmitglied des Weltsozialforums) sieht Steuern und Subventionen als geeignete Instrumente einer wirksamen Umweltpolitik. Chile habe mit Marktinstrumenten schlechte Erfahrungen gemacht: Zwar erhofft sich die chilenische Regierung durch die Clean Development Mechanism aus dem Kyotoabkommen einen Technologietransfer. Doch für die Bevölkerung habe der Emissionshandel negative Folgen: „Die Regierung ergreift Besitz von der Luft“, so Larrain, „sie beschränkt den Naturzugang der Bevölkerung. Die Ressourcen werden zur Ware.“

Für *Christoph Görg* vom Umweltforschungszentrum Leipzig ist die Wirksamkeit von Marktinstrumenten zur Steuerung eine Frage der Rahmenbedingungen. Man müsse ganz genau hinsehen, welchen Machtverhältnissen die jeweiligen Instrumente dienen. Denn gemäß der neoliberalen Ideologie werde ausschließlich der wirtschaftliche Nutzen gesehen, alles andere sei uninteressant.

„Lebt einfach, damit andere einfach leben können!“

Meena Raman, Malaysia, Vorsitzende von Friends of the Earth International, benannte Alternativen zu rein marktwirtschaftlichen Instrumenten und gewann damit die Herzen des Publikums: Die herrschende Wachstumsideologie sei für die Probleme verantwortlich. Ohne dieses Denken grundlegend zu verändern, werde man kein einziges Problem lösen können. Dies belegte sie u. a. mit der massiven Markteinführung von gentechnisch manipulierten Lebensmitteln durch die internationalen Agrarkonzerne. Genfood sei in Wirklichkeit keine Lösung sondern Ursache des Problems. Dazu komme die Frage der weltweiten Gerechtigkeit: „Wie können Entwicklungsländer Umweltschutz betreiben, wenn sie ständig durch Verschuldung und ungerechten Welthandel massiv benachteiligt werden?“ Ihr ginge es um einen grundsätzlich anderen Lebensstil: „Eine andere Welt ist möglich, doch dafür müssen wir handeln, nicht reden!“ Aus ihrer Sicht müsse die grüne Bewegung machtvoll aufstehen. Es gebe durchaus Handlungsmöglichkeiten, seien es Wahlen, ziviler Ungehorsam oder direct action.

Außerhalb der Diskussionsforen und Debattenräume bot der Kongress jede Menge Gelegenheit zur Praxis: ein globalisierungskritischer Stadtrundgang thematisierte am konkreten Objekt die schmutzige Produktgeschichte, Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern und die Interessen des globalen Handels und Kapitals. Im Adbusting-Workshop konnte man Aussagen von Werbebotschaften kreativ verändern und damit ad absurdum führen. THE YES MAN faszinierte ein große Publikum mit seiner ernstgenommenen Parodie auf das System WTO. Im go.stop.act!-Workshop wurden verschiedenste Formen der Kunst des kreativen Straßenprotests dargestellt. Ein vielfältiges kul-

turelles Rahmenprogramm, Filme, Theater, Ausstellungen, Kultur-Workshops sowie ein bunter Markt der Möglichkeiten und ein Aktivisteneck zur Vernetzung bereicherten die Veranstaltung zusätzlich.

„Ab Oktober wird die Natur zum Hartz-IV-Empfänger“

Im Abschlusspanel brachten die Vertreter der globalisierungskritischen und der Umweltbewegung die Diskussionen des Wochenendes auf den Punkt: die Bewegungen müssen jetzt gemeinsam agieren, um von den politischen Entwicklungen nicht überrollt zu werden. *Sven Giegold* (Attac) rief zu konkreten gemeinsamen Aktionen des zivilen Ungehorsams und geballten Massenprotests auf, da angesichts massiver Wirtschaftsinteressen die besseren Argumente immer weniger zählten: Sowohl der bundesweite „Gendreck-weg“-Tag am 31.7. als auch die anstehenden Castor-Transporte im November böten eine gute Gelegenheit für vernetztes Handeln und ein kraftvolles auf-den-Plan-treten derer, die ganz gleich aus welcher Bewegungsecke heraus nicht länger bereit sind, den Ausverkauf unserer Lebensgrundlagen schweigend mit anzusehen. Mehr Infos zu den Aktionen hier: www.ausgestrahlt.de und www.gendreck-weg.de.

Aktionen allein reichen jedoch nicht aus. Ein breites gesellschaftliches Bündnis, das alle VerliererInnen des neoliberalen Umbaus zusammenbringt, ist alternativlos: Neben den Globalisierungskritikern und Umweltverbänden werden auch Gewerkschaften, Entwicklungsorganisationen, Sozialverbände, kritische ChristInnen mehr als bisher an einem Strang ziehen müssen. Die Mobilisierung eines breiten außerparlamentarischen Widerstandes kann kein Teil der Bewegung allein vollbringen.

„Ein nüchterner Blick zurück zeigt: Die zweite rot-grüne Legislaturperiode hat keine entscheidenden ökologischen Fortschritte mehr gebracht. Die Abzocke bei Arbeitslosen, KleinrentnerInnen und Kranken bei gleichzeitigen Steuerergeschenken für Konzerne, Vermögende und gut Verdienende hat ein Klima der sozialen Kälte und der wirtschaftlichen Angst geschaffen. Den Armen wurde geschadet; verunsichert wurde aber auch die Mittelklasse, deren progressive Teile man zur Durchsetzung progressiver Politik seit Jahrhunderten braucht. Diese Verunsicherung erleichterte es rechten Ideologen, die Ökologie wieder in die Kuschelecke der Reichen zu drängen – und, leider sehr erfolgreich, zum "Luxusproblem" zu degradieren. ... Die deutsche Umweltbewegung kennt die Begriffe Neoliberalismus und Kapitalismus kaum. Diese Zurückhaltung ist nicht mehr zeitgemäß. Neoliberalismus und Ökologie sind unvereinbar. Um angesichts des Neoliberalismus Erfolge zu erzielen, müssen die außerparlamentarischen Bewegungen sich ihres gemeinsamen Ziels bewusst sein: Regeln demokratisch festlegen und politisch durchsetzen. Dazu müssen sie heute gemeinsam gesellschaftspolitische Systemfragen stellen.“ (*Sven Giegold* und *Daniel Mittler*, „Im Zeichen des Feldhamsters“, taz vom 26.6.2005, angelehnt an die Rede auf dem McPlanet-Kongress)

„Mehr leben – weniger kaufen!“

Auf der gemeinsamen Abschlussaktion bildeten Hunderte Kongress-TeilnehmerInnen einen schwarz-weißen Strichcode auf der grünen Wiese und

forderten damit, den Ausverkauf des Planeten zu stoppen. Die Politik muss den Welthandel von Grund auf ökologischer und sozialer gestalten, VerbraucherInnen müssen Politik mit dem Einkaufskorb betreiben und Konzerne müssen endlich globale Verantwortung übernehmen.

Stephanie Handtmann

Arbeitspolitik im Umbruch – zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien

Tagung der IG Metall Grundsatz- und Tarifaabteilung und WissenTransfer¹, Sprockhövel 1. bis 2. Juli 2005

Mit einer Bilanz der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen eröffnete *Klaus Pickshaus*, Projekt „gute Arbeit“ der IG Metall, eine der wohl spannendsten arbeitspolitischen Tagungen der letzten Zeit². Im Publikum wie auf dem Podium fand sich eine gelungene Mischung von hochkarätigen Experten aus der Wissenschaft sowie erfahrenen Gewerkschaftern. Einleitend stellte Pickshaus fest, dass neben einem insbesondere für ältere Beschäftigte zunehmenden Arbeits- und Zeitdruck³ ein arbeitspolitischer Rollback und eine Ausweitung prekärer Beschäftigung festzustellen sei.⁴ Die Gewerkschaften stünden vor der Herausforderung, Arbeitszeitverlängerungen abwehren zu müssen und den Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen entgegenzutreten. Dafür sei eine Belebung der gewerkschaftlichen Strategiedebatte zwingend notwendig.

Thomas Sablowski, WZB Berlin, referierte zum Thema „Neue Handlungskonstellationen im Shareholder-Value-Kapitalismus“. Über die sich durchsetzende Finanzialisierung der Produktion werde ein hoher Renditedruck auf die Industriebetriebe ausgeübt. Erwartet würde ein überdurchschnittlicher Gewinn. „Alles, was unter dem Durchschnitt liegt, wird als ‚Wertvernichtung‘ definiert.“ Die Folgen dieser Tendenz kumulierten im Verlust einer nachhaltigen produktionsorientierten Unternehmensentwicklung. Wer diese Orientierung auf eine solche Shareholder-Value-Strategie kritisiere, so resümierte Sablowski, komme zwangsläufig auch an einer Kritik der Eigentumsverhältnisse nicht vorbei. Daher dürften auch die Begriffspaare Klassenkampf und Co-Management keine Gegensätze sein. Da jeder Kompromiss immer nur vorübergehend sei, müsse anerkannt werden, dass das Co-Management nicht im Rahmen einer harmonischen sozialen Marktwirtschaft, sondern einer kapitalistischen Klassengesellschaft durchgeführt würde.

¹ Vgl. www.wissentransfer.info

² Vgl. <http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de/veran5.html> und vgl. Klaus Pickshaus, Gute Arbeit. Luxusthema für Schönwetterzeiten? in: WSI-Mitteilungen 4/2005, S. 223ff.

³ Vgl. Klaus Pickshaus/Horst Schmitthenner/Hans-Jürgen Urban (Hg.), Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, Hamburg 2001

⁴ Siehe d. Beispiel „Arbeitszeit-TÜV“: www.igmetall.de/themen/gutearbeit/arbeitszeittuev.html

In der nachfolgenden Diskussion betonte Otto König, IG Metall Hattingen, dass Gegenmacht und Co-Management kein Widerspruch wären, sondern Co-Management immer auch mit Kampfmitteln unterlegt sein müsse. „Sonst werden wir nicht ernst genommen.“ Hans-Jürgen Urban fragte, ob die Routine der gewerkschaftlichen Vertreter in den Aufsichtsräten immer hilfreich sei, woraufhin Thomas Sablowski einschätzte, dass viele Aufsichtsratsvertreter der Gewerkschaften ihre Möglichkeiten nicht nutzen würden. Zu viel würde im Konsens mit der Kapitaleseite beschlossen, so auch bei Managergehältern.

„Spielräume für ‚innovative Arbeitspolitik‘ und ‚gute Arbeit‘“ lautete die Überschrift der zweiten Diskussionsrunde, die von den Industriosozologen Klaus Dörre, FSU Jena, Dieter Sauer, ISF München und Michael Schumann, SOFI Göttingen mit Impulsreferaten eröffnet wurden.

Nach einer Einführung von Hilde Wagner, IG Metall Vorstand, beschäftigte sich *Michael Schumann*⁵ mit den Chancen gewerkschaftlicher Initiativen für „bessere Arbeit“. Seinen Ausführungen lagen die Untersuchungen des SOFI zum VW-Projekt 5000 mal 5000 zu Grunde, welches Schumann grundsätzlich als Fortschritt für die Beschäftigten wertete. Die Teilaufhebung der Fließbandtätigkeit helfe den Produktionsarbeitern „nicht so schnell kaputt zu sein.“ Die Bedeutung des, wenn auch nur partiellen, Aufbrechens der Fließbandmonotonie werde gerade von den privilegierten Schreibtischarbeitern aus dem Wissenschaftsbereich gerne unterschätzt. Nicht die Anpassung an die betrieblichen Notwendigkeiten sondern deren Umgestaltung müsste gewerkschaftliche Politik sein. Schumann empfahl eine Politik des Widerstandes gegen Kostensenkungsstrategien des Managements mittels Re-Standardisierungen des Arbeitsprozesses und setzte dagegen die Aufwertung der Facharbeit im Rahmen einer konsensualen Betriebspolitik mit den Eckpunkten Gestaltungskompetenz, Vertragssicherheit, starke Interessensvertretung. Die IG Metall habe in den 80er Jahren dabei versagt, einen dem gemäßen Produktivitätspakt zu gestalten. Die Betriebsräte hätten das dann selbst gemacht.

In einer direkten Erwiderung kritisierte *Dieter Sauer*⁶, dass Michael Schumanns VW-Beispiel der erfolgreichen Ent-Taylorisierung zu einer Subjektivierung der Arbeit führe. Die Folge seien die Verdichtung des Arbeitsalltages, gesteigerte psychische Belastungen und eine nachlassende Gesundheits- und Lebensqualität der abhängig Beschäftigten. Diese Entwicklung werde durch die Implementierung des Marktdruckes in zunehmenden Beschäftigungsbereichen durchgesetzt und setze so innovative Arbeitspolitik unter Druck.

Michael Wendel, Verdi Bayern, kritisierte am VW-Modell 5000 mal 5000, dass hier ein „Programmlohn“ für einen bestimmten Produktionsertrag gezahlt werde und nicht für eine gewisse Arbeitszeit eine Entlohnung erfolge. Das

⁵ Vgl. Michael Schumann, Anti-tayloristisches Fabrikmodell. AUTO 5000 bei Volkswagen. in: WSI-Mitteilungen 1/2005: http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2005_01_schumann_.pdf

⁶ Vgl. Dieter Sauer, Arbeit unter (Markt-)Druck. Ist noch Raum für eine innovative Arbeitspolitik? in: WSI-Mitteilungen 4/2005

Unternehmerisiko des Produktionsverlaufes werde so auf die Beschäftigten abgewälzt.

Klaus Dörre⁷ verwies auf die zunehmende Prekarisierung von Lohnarbeit. Diese sei kein Randproblem mehr. Zum einen haben sich z. B. die Zahlen der in Leiharbeit Beschäftigten in nur kurzer Zeit verdoppelt. Die Zone der Prekarität weite sich aus und dies nicht ohne Auswirkung auf die gesamte Gesellschaft. Der disziplinierende Effekt der Prekarisierung wirke auch dort, wo vor der Hand keine Prekarität bestehe, bis hinein in den Mittelbau und die Leitungsstrukturen der Unternehmen. Die hohe allgegenwärtige Unsicherheit führe zur Illoyalität der Beschäftigten und mache Innovationen kaputt. Als Reaktion auf diese Situation empfahl Dörre den Gewerkschaften eine stärkere Mitgliedereinbindung und -aktivierung, auch wenn diese mit dem Selbstverständnis der Stellvertreterpolitik kollidiere. Eine Re-Regulierung müsse dafür sorgen, dass nur noch Tarifverträge abgeschlossen werden, die auch existenzsichernde Löhne bieten, zudem sei ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig. Abschließend verwies Dörre auf die Krise der politischen Repräsentation. Die im Rahmen von Dörres Studien befragten Beschäftigten sahen sich in der Mehrzahl mit ihren Interessen nicht mehr im politischen Raum vertreten. Dies sei eine Situation, in der die Reaktionen zwischen Apathie und Rückzug von Wahlen und andererseits der Etablierung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Sichtweisen schwanke.⁸

In der folgenden Debatte schilderte Rainer Salm, IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg, Tendenzen einer Re-Taylorisierung. Die Abschaffung von Gruppenarbeit werde von den Unternehmensleitungen angestrebt, um so wieder klassische Hierarchien einzuführen. Ziel sei die Einsparung von Gehaltsbestandteilen. Anstatt zehn multipel qualifizierte Beschäftigte zu bezahlen sei es kostgünstiger, die höheren Qualifizierungen eines Meisters zu entlohnen und die übrigen neun Beschäftigten abzugruppieren. Hans-Jürgen Urban merkte an, dass die Zone der Prekarität auch bis in die Reihen des mittleren Managements reicht, wenn Prekarität als Unsicherheit übersetzt wird. Er plädierte vor diesem Hintergrund für die Etablierung eines Leitbegriffes der „Sicherheit“.

Am Samstag Vormittag moderierte Steffen Lehnendorf, IAT Gelsenkirchen, das Forum: „Betrieb-Tarifsyst-System-Gesellschaft: Auf der Suche nach den Feldern und Eckpunkten einer gesellschaftlichen Offensivstrategie“. Detlef Wetzel, IG Metall Bezirksleiter NRW, stellte die Kampagne „Besser statt billiger“ vor⁹. Wetzel plädierte für eine konsequente Stärkung der gewerkschaftlichen Orga-

⁷ Vgl. Klaus Dörre, Prekarität. Eine arbeitspolitische Herausforderung. in: WSI-Mitteilungen 5/2005

⁸ Vgl. hierzu Michael Fichter/Richard Stöss/Bodo Zeuner, Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts ‚Gewerkschaften und Rechtsextremismus‘, unter: www.polwiss.fu-berlin.de

⁹ Vgl. die Modernisierungsoffensive der IG Metall NRW unter dem Motto „besser-statt-billiger“: www.nrw.igmetall.de

nisationskraft. Der entscheidende Ansatzpunkt sei die Mitgliederentwicklung. Nur so lasse sich die Interventions- und Tariffähigkeit sichern. Die Ebene des Betriebes rücke ins Zentrum der Verteilungspolitik. Dafür sei die IG Metall nicht ausreichend aufgestellt.

Da die Entscheidung über den Flächentarif im Betrieb falle, müsse die Dezentralisierung offensiv angegangen werden. Die Konfliktfähigkeit sei in den Betrieben schon vielfach verloren gegangen, es seien fehlende Verankerung und Mitgliederbindung festzustellen. Es fehle der individuell gefühlte Mitgliedernutzen. Dieser müsse persönlich erfahrbar gemacht werden, indem die Mitglieder in die Subjektrolle und die IG Metall von der Stellvertreterpolitik weg kommen müssten. „Besser statt billiger“ setzt in diesem Sinne konfliktologisch in den Betrieben an. Wie wichtig es ist, in die Auseinandersetzungen zu gehen, zeige das Beispiel Wincor Nixdorf. „Generationen von Schwerpunktsekretäre“ hätten hier relativ erfolglos zu organisieren versucht. Wetzel: „In den letzten vier Monaten haben wir im Konflikt mehr Mitglieder gewonnen, als in den ganzen Jahren zuvor.“

Armin Schild, IG Metall Bezirksleiter Frankfurt, sah in den 90er Jahren ein verlorenes Jahrzehnt für Gewerkschaften und Beschäftigte. Kundenorientierte Produktion werde zur Ausnahme, die Anzahl anspruchsvoller Arbeitsplätze ginge zurück. Eine der größten Niederlagen sei die Unfähigkeit der Betriebsräte und Gewerkschaften, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu regeln. Hier liege eine der eminent wichtigen Aufgaben der Zukunft.

Udo Belz, Konzernbetriebsratsvorsitzender von Alstom Power, schilderte die Auseinandersetzung um den Erhalt des Betriebsstandortes Mannheim. Belz forderte eine Diskussion der Gewerkschaften über die totalitären Verhältnisse in den Ländern der so genannten Dritten Welt, über die dortigen diktatorischen Bedingungen, die Ausbeutung ermöglichten. „Und deswegen geht das Kapital da hin.“ Gewerkschaften müssten in der Diskussion um Münteferings Kapitalismuskritik nachstoßen. Vor 10 Jahren wäre eine Deutsche Bank mit einem Rekordgewinn, die gleichzeitig den Abbau von 5000 Jobs ankündigt, so nicht möglich gewesen. „Vor 30 Jahren wurde mir hier in Sprockhövel als Jugendvertreter der Gegensatz von Kapital und Arbeit beigebracht. Ich glaube, das ist verloren gegangen und das müssen wir wieder thematisieren. Gewerkschaften sind sonst konzept- und zahnlose Tiger.“

Hans-Jürgen Urban, Bereichsleiter Grundsatzfragen/Gesellschaftspolitik IG Metall Vorstand, betonte die Dringlichkeit, über eine umfassende Revitalisierung der Gewerkschaften zu forschen und zu debattieren.¹⁰ Urban befasste sich mit einem integrierten Strategieansatz, der Rahmen- und Kernfelder gewerkschaftlicher Politik umfasst. Es bedürfe einer Reprofilierung politischer Themen in den Gewerkschaften und keines Rückzugs auf eine „halbierte Inte-

¹⁰ Siehe dazu ausführlich: Hans-Jürgen Urban, Gewerkschaften als konstruktive Vetospieler. Kontexte und Probleme gewerkschaftlicher Strategiebildung. in: Neue Soziale Bewegungen, Heft 2/Juni 2005

ressenvertretung“. „In den letzten Jahren hatte die Steuerpolitik mehr Einfluss auf die Einkommen der Kollegen als alle unsere Tarifvereinbarungen.“ Neben einem aktiven Lobbyismus in den parteipolitischen Raum hinein sei so auch eine Erhöhung der Mobilisierungsmacht in Bündnissen mit außerparlamentarischen Bewegungen nötig.

Die Strategiedebatte dieser sehr gelungenen und anregenden Tagung soll fortgeführt und intensiviert werden. Hier sei u.a. auf die Tarifkonferenz im Oktober 2005 und den Kongress „Gute Arbeit“ am 6./7. Dezember 2006 verwiesen. Die Ergebnisse der Tagung werden im Herbst beim VSA-Verlag publiziert.¹¹

Juri Hälker

„Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschule“

Tagung in Frankfurt am Main, 1.-3. Juli 2005

In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ist die Universität nur selten der Brennpunkt einer kritischen Wissenschaft gewesen. Darüber waren sich die meisten Anwesenden auf der unter anderem vom BdWi, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Rosa-Luxemburg-Forum Hessen und der Frankfurter AG Gegenhegemonie veranstalteten Konferenz „Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen“ einig. Die ambivalente Entwicklung der Akademisierung des Marxismus und der „Marxisierung“ der Universitäten im Rahmen der fordistischen Bildungsexpansion und der Studentenbewegung müsse rückblickend, so *Heinz Steinert*, als eine einmalige „historische Sondersituation“ begriffen werden. Gleichwohl sollte man, wie *Alex Demirovic* herausstrich, aus der neoliberalen Umgestaltung der Hochschullandschaft nicht den Schluß ziehen, dass die Universitäten als eines von mehreren Kampffeldern gegenhegemonialer Auseinandersetzungen nunmehr zu vernachlässigen seien. Das Stichwort „Marxismus Emeritus“ beschreibe die Situation nicht genau, weil es plötzlich und unerwartet an der einen oder anderen Universität (z.B. in Jena) zu einer Öffnung für linke Wissenschaftler gekommen ist.

Die Gegenwart des akademischen Feminismus wurde am Samstag Vormittag verhandelt. *Sylvia Kontos*, Hochschullehrerin an der FH Wiesbaden und Repräsentantin der ersten Generation der neuen Frauenbewegung, leitete ihren Vortrag mit einer groben Periodisierung ein: Den Sozialisationstheorien aus den 1970er Jahren, bei denen die geschlechtsspezifische Erziehung im Zentrum der Kritik gestanden hatte, folgte ab den späten 1970er Jahren die Erforschung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung mit einer auf die unbezahl-

¹¹ Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien. Arbeitspolitik kontrovers, 176 Seiten, 14,80 Euro.

te Reproduktionsarbeit zielenden Kritik. In den 1980er Jahren entfaltete sich die feministische Theorie zunehmend identitätspolitisch, und zwar in der Gestalt des Differenzfeminismus, der in den 1990er Jahren schließlich vom Dekonstruktivismus abgelöst wurde. Letzterer habe der Ausdifferenzierung der Kategorie „weibliches Geschlecht“ Rechnung getragen, indem er die Unterschiedlichkeit von „Heteras, Lesben, Migrantinnen und Müttern“ theoretisch reflektierte. Alles in allem sei diese theoretische Entwicklung als ein Fortschritt zu verstehen. In praktischer Hinsicht bezeichne der Dekonstruktivismus jedoch einen Zerfall der feministischen Bewegung: Er beseitige das im Zuge der Identitätspolitik geschaffene politische Subjekt. Der universitäre Dekonstruktivismus radikalisiere die Theorie, während der praktische Feminismus seinem Wesen nach differenzfeministisch bleibe und im Namen „der Frauen“ partikularistische politische Ziele durchsetze (Projektsubventionen etc.), ohne dabei zu reflektieren, daß seine Wurzeln eigentlich in der untergegangenen fordistischen Prosperitätsphase lagen. Der Dekonstruktivismus wiederum weigere sich, seine Verstrickung mit dem Neoliberalismus zu reflektieren. Genau wie dieser forcire er die Atomisierung der Menschen und trenne er die Subjekte von ihrer eigenen Geschichte. Die Abkopplung des Feminismus von den materiellen Verhältnissen verknüpfe ihn über die zentralen Momente des Dekonstruktivismus – Eigenverantwortung, Differenz, Individualität, etc. – direkt mit dem Neoliberalismus. Letzten Endes sei „der Neoliberalismus der größte Dekonstrukteur“. Ein Feminismus, der diese ideologische Nähe nicht reflektiere und sich in die Universitäten und einen akademisierten Feminismus zurückziehe, sei „blind gegenüber den eigenen Kontextbedingungen“. Es gelte, den Anpassungsdruck zu reflektieren, der auf den isolierten feministischen Wissenschaftlerinnen laste, für die es nur dann DFG-Stipendien gebe, wenn eine „Verwertbarkeit für neoliberal definierte Problemlagen“ erkennbar sei. Ein zeitgemäßer Feminismus habe sich anders als der Dekonstruktivismus mit den materiellen Realitäten und den „benennbaren Opfergruppen des Sozialabbaus“ auseinanderzusetzen, zu denen auch und gerade die Unterschichtsfrauen gehören. Zu fragen sei stets: „Wer profitiert von der gegenwärtigen Entwicklung und welche Rolle hat diese Entwicklung für die Geschlechterfrage?“ Die zwei zentralen Leitmotive für eine entinstitutionalisierte feministische Politik müssten eine neue Bescheidenheit und eine Distanz zur Universität sein, weil „kritisches Denken selten mit einer C4-Professur ausgestattet wird. Mit Bezug auf den Wissenschaftsbetrieb steht ein bißchen Marginalität jeder Frau!“

Ähnlich argumentierte auch *Sünne Andresen*, Mitglied der autonomen Argument-Frauenredaktion. Sie beschäftigte sich im Kontext der Ablösung des Feminismus von den sozialen Bewegungen mit den Anpassungszwängen des akademischen Feldes. Es gebe das Paradox, dass die Kürzungen im Wissenschaftsbereich seit den 1990er Jahren mit einer quantitativen Ausdehnung des akademischen Feminismus korrespondierten. Die ursprüngliche Frauenforschung sei im Kontext dieses Prozesses und im Rahmen der „anti-essentialistischen Revolution“ allerdings in die Geschlechterforschung trans-

formiert worden, in deren Zuge der Feminismus sich stetig mehr von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen entfernt habe. Eine zentrale Forderung an den akademischen Feminismus sei die unabdingbare „gesellschaftliche Rückbindung des dekonstruktivistischen Paradigmas“, seine Einbindung in die „gesellschaftstheoretische Analyse“. Der akademische Feminismus sei in seiner heutigen Form lediglich ein „Handlanger diversifizierten Humankapitals“. Andresen warf die Frage auf, ob kritisches feministisches Denken heute überhaupt noch im universitären Kontext stattfinden könne. Tatsächlich seien die „Universitäten von Anfang an kein guter Ort für eine kritische Frauenforschung“ gewesen und die Sonderbedingungen der Nach-68-Zeit seien vorbei.

Diese vehementen Angriffe auf den dekonstruktivistischen Trennungsaffect und seine Weltabgewandtheit verstand *Isabell Lorey* als einen Angriff auf ihre eigene Position und akademische Tätigkeit, auf den sie in ihrem Vortrag einging. Das „Dekonstruktivismus-Bashing“ resultiere aus einem mangelnden Verständnis für den „von Judith Butler ausgehenden Aufbruch“, der sich in der Kritik am „rassistischen weißen Mittelstandsfeminismus“ entzündet habe. Es ginge um eine rassismuskritische Feminismusperspektive, die bereits Früchte trage. Der universitäre Queer-Ansatz offenbare bereits „Rückwirkungen auf außeruniversitäre Zusammenhänge“. Zwar gebe es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen dem neoliberalen Selbstverhalten – dem kreativen Arbeiten, der Selbstbestimmung der Arbeitszeit, etc. – jedoch spräche die polemische In-Einssetzung von Dekonstruktivismus und Neoliberalismus jenem das „kritische Potential“ ab. Es gebe zwar ein „verstricktes Begehren“ von Neoliberalismus und dekonstruktivistischen Strömungen, es gelte aber (auch in deren Kontext) nach neuen Formen einer (selbstverständlich rein individueller Natur bleibenden) Widerspenstigkeit zu suchen. Der identitätskritische Dekonstruktivismus sei ökonomietheoretisch und gesellschaftstheoretisch zu erweitern.

Im zweiten Block des Tages ging man der Frage nach, inwiefern die deutsche Entwicklung europäisch verallgemeinerbar ist. Hierbei kam man zu dem Schluß, daß sich die jeweils betrachteten Länder – Deutschland, Frankreich (*Jan Spurk*), England (*Bob Jessop*) und die Niederlande (*Michael Krätke*) – bei allen Unterschieden mehr oder weniger in einem neoliberalen Umstrukturierungsprozeß mit sehr ähnlichen Zügen befinden, der sich in England und den Niederlanden allerdings in einem fortgeschritteneren Stadium befinde.

Auf dem Abschlußpodium wies *Alex Demirovic* – angesichts der überwiegend dem akademischen Milieu entstammenden Teilnehmer – insbesondere noch einmal auf die Wichtigkeit hin, das Spannungsfeld aus der eigenen Lebenssituation und der kritischen Theorie an den Universitäten im Allgemeinen zu reflektieren und die Wirkungsmacht des eigenen Denkens stets im Auge zu behalten. Der Forderung, die Universität angesichts ihrer wissenschaftlichen Standardisierung und Professionalisierung als einen zentralen Ort der kritischen Wissensproduktion zu vernachlässigen, trat Demirovic allerdings ve-

hement entgegen. Er unterstrich, daß man sich der Problematik der vielfältigen Formen der Mikromacht und der „Wahrheitspolitik“ im akademischen Feld nicht durch die einfache „kritische Kritik“ und eine religiös-puristische Abkapselung von den zentralen Orten der Makromacht entziehen darf. Demirovic betonte, daß in diesen Institutionen wahrheitspolitische Kämpfe um die Definition dessen, was wahr und was falsch ist, zu führen sind. Andernfalls werde man zum „autodidaktischen Einzelgänger und Sektierer“.

Joachim Hirsch versuchte im Anschluß, das Gramsci-Althusser-Verhältnis umzukehren und Gramsci als die zivilgesellschaftlich-hegemonietheoretische Erweiterung des althusserischen Funktionalismus zu lesen. In der Tat seien die Universitäten „ideologische Staatsapparate“, deren Funktion darin bestehe, über die Mechanismen der Konkurrenz etc. Herrschaftswissen zu produzieren. Jedoch beschränke sich die Universität nicht auf diese Funktion, sondern in ihr bildeten sich auch Freiräume für die Schaffung von Gegenhegemonie. Die Institution Universität könne zwar nicht ohne „grundlegende gesellschaftliche Veränderungen übernommen“ werden, doch sei sie ein Kampffeld gesellschaftlicher Widersprüche. Der entscheidende Faktor hinsichtlich der konkreten Widerspruchsbearbeitung – die sozialen Bewegungen – liege außerhalb der Universität, weshalb es zwangsläufig immer zu einer „Verknüpfung der universitären mit den außeruniversitären Bewegungen“, mithin also zu einer (erneuerten) Einheit von Theorie und Praxis kommen müsse. Die Konzentration der wissenschaftlichen Linken auf die Hochschule, der „akademische Marxismus“, habe die Linke „abhängig von den Strukturen des ideologischen Staatsapparates Universität“ gemacht. Für eine Erneuerung des Bündnisses zwischen der Universität mit den sozialen Bewegungen gelte es allerdings, den „kritisch distanzierenden“ Mittelweg zwischen den beiden Polen „Avantgardismus“ und „Dienstleister für die sozialen Bewegungen“ zu beachten.

Bernd Kaßbaum (IGM/BdWi) sprach sich schließlich für eine verstärkte Verknüpfung der Gewerkschaften mit den verbliebenen gewerkschaftsfreundlichen Universitätsangehörigen aus, wobei er zwei Dinge am gegenwärtigen Mainstream der Gewerkschaften kritisierte. Die IGM beispielsweise habe es versäumt, die neuen Arbeitsformen und Arbeitnehmer-Subjektivitäten in die Gewerkschaften zu integrieren. Zudem seien mit der Überlagerung der Arbeitshumanisierungs- durch die Verteilungsfrage zentrale Fragen kritisch-theoretischen Denkens (und Handelns) immer stärker in den Hintergrund gedrängt worden. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen universitären Intellektuellen und Gewerkschaftern könne Abhilfe schaffen und die Grundlagen für eine neue Offensivstrategie legen.

Als eine erste Verständigung über die Dynamik der Neoliberalisierung der Hochschulen in Deutschland kann die Frankfurter Tagung als gelungen angesehen werden, zumal sie – wie *Krätke* herausstrich – den Anwesenden eine Vorstellung über die in den Niederlanden und Großbritannien schon vorweg genommene Zukunft der deutschen Hochschullandschaft vermittelt habe. Für die Erneuerung einer fruchtbaren Partnerschaft zwischen den wechselseitig

aufeinander angewiesenen sozialen Bewegungen und Universitätsintellektuellen allerdings, so könnte man kritisieren, beschränkte sich das Teilnehmerspektrum zu stark auf das universitäre Feld, das – wie John Sanbonmatsu in seiner Arbeit über den „postmodernen Fürsten“ gezeigt hat – als von den sozialen Bewegungen weitgehend abgekoppeltes Milieu zu opportunistischen „individual coping strategies“ neigt, sobald die Ressourcen und Spielräume knapper werden. So ist auch der Kritik Joachim Hirschs zuzustimmen, der am Ende der Veranstaltung anmerkte, daß eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der verstärkten Widersprüche im akademischen Feld auf die Subjektivitäten der sich in ihm bewegenden Akteure gefehlt habe.

Ingar Solty